

Annoncen  
Annahme-Bureaus.  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
Wilhelmsstr. 17  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14,  
in Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei L. Streisand,  
in Lüderitz bei Ph. Matthias.

Annoncen  
Annahme-Bureaus.  
In Berlin, Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei S. L. Danke & Co.  
Haasestein & Vogler,  
Rudolph Auße.

In Berlin, Dresden, Görk  
beim „Invalidendank“

# Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Mr. 905.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 24. Dezember.

Abonnerate 20 Pf. die sechzehntete Petitzelle oder deren Raum, Petizellen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

## Erscheinen der Zeitung.

In den Weihnachts-Feiertagen erscheint keine Zeitung. Unsere letzte Hauptnummer vor dem Feste ist heute Abend um 8 Uhr, sowohl in der Expedition, als auch bei den Distributionsstellen in Empfang zu nehmen. Die kleine Abend-Ausgabe fällt heute aus.

## Amtliche.

Berlin, 23. Dezember. Der Kaiser hat geruht: dem vortragenden Rath im Auswärtigen Amt, Wirklichen Legationsrath von Holstein zum Geheimen Legationsrat zu ernennen, dem ersten Sekretär bei der kaiserlichen Botschaft in Paris, Dr. jur. Freiherrn von Thielmann, sowie dem Legationssekretär bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Madrid, Freiherrn Schenk zu Schweinsberg, den Charakter als Legationsrath, und dem Legations-Kanzlisten bei der kaiserlichen Gesandtschaft in Kopenhagen, Geheimen erledigenden Sekretär Hawersaat den Charakter als Kanzleirath, sowie dem Marine-Rendanten Partenheimer in Danzig den Charakter als Rechnungsrath zu verleihen.

## Politische Übersicht.

Posen, 24. Dezember

Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Entwurf eines Gesetzes betreffend die Verwendung der in Folge weiterer Reichssteuer-Reformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen enthält zwei Abschnitte. In dem ersten wird bestimmt, daß die Klassensteuer für die vier untersten Stufen außer Hebung gesetzt, für die übrigen Stufen, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 unerhoben bleibt, — den Kreisen, und ferner daß die Grund- und Gebäudesteuer zur Hälfte ihres etatsmäßigen Betrags den Kommunalverbänden überwiesen werden solle. Der zweite Abschnitt führt aus, wie die Verwendung der durch Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Reichssteuern zu gewinnenden Mittel, soweit sie an Preußen überwiesen werden, zu erfolgen hat. Danach wird ein Drittel der an Preußen zu überweisenden Summe zunächst dem nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 verfügbaren, auf die vier untersten Stufen der Klassensteuer entfallenden Erlabstagsbetrag zuzurechnen und mit demselben zum Erlauf der Steuer dieser Stufen bis zu deren vollem Jahresbetrag zu verwenden, der dadurch nicht erschöpfte Überhöhung aber auf die Kommunalverbände nach dem Verhältnis des Veranlagungssolls an Klassensteuer der 5. bis 12. Steuerstufe für das betreffende Jahr zu vertheilen sein. Der verbleibende Betrag schließlich der bezeichneten Summe ist auf die Kommunal-Verbände nach dem Verhältnis des Veranlagungssolls an Grund- und Gebäudesteuer für das Jahr, in welchem die Vertheilung stattfindet, und zwar bis auf Höhe der Hälfte des etatsmäßigen Sollbetrages der Grund- und Gebäudesteuer zu vertheilen. Aus den Motiven des Entwurfs haben wir folgende Punkte hervor. Einleitend wird bemerkt, daß der Einfluß der vermehrten und erhöhten indirekten Steuern und Zölle auf die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bevölkerungsklassen sowohl eine Erleichterung als eine anderweitige Vertheilung der direkten Steuerlast bedinge. Die Erreichung des letztgedachten Ziels soll einer spätestens in der nächsten Landtagssession einzubringenden Vorlage über eine organische Umgestaltung der einzelnen direkten Steuern vorbehalten bleiben. Als über die organische Reform des inneren preußischen Steuersystems hinausgehende Ziele des gesamten „Reformwerkes“ werden bezeichnet: 1) Erlauf der vier untersten Stufen der Klassensteuer, 2) allmäßliche Beseitigung dieser Steuer als Staatssteuer und 3) Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände. Um diesen Aufgaben zu genügen, heißt es dann, sei eine weitere Durchführung der „Reichssteuerreform“ die unerlässliche Voraussetzung, doch sei nach den Erfahrungen der letzten Session des Reichstags auf die Bewilligung neuer Reichssteuern durch den Reichstag nur dann zu rechnen, wenn die Verwendung der bezüglichen Mehreinnahmen zu Steuererleichterungen in den Einzelstaaten unzweifelhaft sicher gestellt werde. Die Regierung glaube deshalb gemäß den Koburger Verabredungen zwischen den deutschen Finanzministern die unverkürzte Verwendung der für Preußen sich ergebenden neuen Einkünfte durch den Erlauf eines bezüglichen Gesetzes verbürgt zu müssen. Der Entwurf habe demnach die doppelte Aufgabe zu erfüllen, einerseits Dispositionen über die unverkürzte Verwendung der in Rede stehenden Summen zu treffen und anderseits die mit diesen Mitteln zu erreichen Zwecke geleglich zu fixiren. Nach diesen allgemeinen Angaben verbreiten sich die Motive weiterhin über die Verwendungszwecke im Einzelnen. Zunächst wird anerkannt, daß die Steuerpflichtigen der vier untersten Stufen der Klassensteuer durch die initiale Besteuerung relativ mehr betroffen

würden, als die der höheren Stufen, und deshalb eine stärkere Erleichterung bedürften. Die Zahl dieser Steuerpflichtigen beträgt 4,377,782, d. h. 86 Prozent aller Klassensteuerzahler. Die Überweisung von Personalsteuern an die Kommunalverbände wird damit begründet, daß eine Aufhebungsetzung der 8 höheren Stufen der Klassensteuer im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Steuerpflichtigen zur Zeit nicht angezeigt sei und sich daher die Überweisung an die Kreise empfehle, umso mehr als durch die gleichzeitige Überweisung von persönlichen und Realsteuern eine gewisse Ausgleichung für die in den einzelnen Steuerbezirken vorkommenden Ungleichheiten und Unterschiede bedingt würde. Die Ausfälle, welche durch die Überweisungen entstehen, sollen dadurch gedeckt werden, daß an Stelle der Steuersummen die Überschüsse aus Reichseinnahmen in den Etat eingestellt werden. Die Überweisung der Steuersummen an die Gemeinden anstatt an die Kreise erscheint den Motiven zufolge unthunlich, weil die direkte Überweisung an die Einzelgemeinden die Gleichstellung der Gutsbezirke mit den Gemeinden voraussetzen würde. Die Überweisung der Steuerquoten an die Gutsbezirke würde den Charakter eines individuellen Steuererlasses annehmen. Zudem würde ein billiges Theilungsverhältnis zwischen Stadt und Land nicht herzustellen sein. Die zur Überweisung kommende Klassensteuerquote würde sich nach der Veranlagung für 1880/81 und abzüglich der nach dem Etat zu erlassenden 3 Monatsraten auf 16,748,466 Mark und zwar für die Stadtkreise auf 4,567,775 Mark, für die Landkreise auf 12,180,667 Mark belaufen. Von der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer (33,800,000 Mark) würden die Stadtkreise 6,611,050 Mark, die Landkreise 27,188,950 M. erhalten. Im Ganzen also die Stadtkreise 11,178,824 M., die Landkreise 34,369,607 M., in Summa 50,548,446 M. Die Motive erkennen an, daß diese Überweisungen der Belastung der Klassensteuerpflichtigen durch Kommunalzuschläge nicht abhelfen können, begnügen sich aber mit der Erklärung: „Ein geeignetes Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ist in der Regelung und Erweiterung der Befugnis der Kommunen, zur Deckung ihrer Bedürfnisse indirekte Steuern zu erheben, zu erblicken. Zur Ausführung dieses Gesetzes würde es neuer Reichssteuern im Betrage von 105 bis 110 Millionen bedürfen. Sollte diese Summe nicht zu erreichen sein, so würde man sich vorläufig auf den Erlauf der 4 untersten Klassensteuerstufen und der Überweisung der Hälfte des Grund- und Gebäudesteuer beschränken. Der Ausfall beträgt alsdann 48,800,000 M. und der Bedarf an neuen Reichssteuern 80 Mill. Mark. Den Motiven liegt eine Denkschrift „Zur Geschichte der Steuerreform im Reiche und in Preußen“ bei, welche die von Seiten der Gegner der jetzigen Finanzpolitik erhobenen Anklagen wegen Nichterfüllung der gemachten Versprechungen als grundlos nachzuweisen versucht. So kompliziert die Struktur dieses Gesetzentwurfs auch ist, so tritt sorgfältig klar hervor, daß die Klassensteuer als Staatssteuer bestehen bleibt, und daß, wenn die erforderlichen Zuschüsse aus dem Reich nicht in Aussicht stehen, die Klassensteuer auch zu Staatszwecken verwendet werden kann und eventuell muß, so lange im Reiche die Matrularbeiträfte steigen und der preußische Etat an Defizitslaborirt. Daß so ganz nebenbei das Konstitutionelle Budget getreutes kamotirt wird, bedarf keines Beweises. Was das Gesetz jetzt bezeichnet, ist unbegreiflich. Für die nächste Session ist die „agrarische Reform“ der direkten Steuern angekündigt, bis dahin aber ist, selbst wenn der Reichstag für das nächstfolgende Jahr neue Steuern bewilligt, die Ausführung des Gesetzes absolut unmöglich. Auf welchem Wege die Reichsregierung die erforderlichen 115 Millionen M. neuer Einnahmen beschaffen will, ist nicht gesagt. Die bis jetzt bekannten Vorlagen, Wehrsteuer, Börsen- und Braufsteuer sind nur auf einige 50 Millionen veranschlagt. Von den Standpunkten des Finanzministers Bitter aus ist die Überweisung der Klassensteuer an die Kommunalverbände ein absolutes Novum. Trotzdem aber muß die Regierung anerkennen, daß die Überweisung der Noth der Kommunen nicht abhelfe; die Gemeinden werden an den für die Kreise gedachten Tisch verwiesen und zu der Einführung der indirekten Abgaben aufgemuntert. Soll also die Vorlage zur Ausführung gelangen, so bedarf es neuer Reichssteuern für das Reich, neuer Anleihen in Preußen zur Deckung des Defizits und neuer indirekter Abgaben in den Gemeinden.

Der Entwurf lautet wörtlich:

S 1 Unter Aussichtserhaltung der Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Juli 1880, bezüglich der Verwendung der dem preußischen Staate aus dem Erlauf der Tabaksteuer und Zölle nach § 8 des Reichsgesetzes vom 15. Juli 1879 geleglich zu überweisenden Geldsummen sollen dieselben Mittel, welche in Folge der Einführung neuer, oder der Erhöhung bestehender Reichssteuern an Preußen überwiesen werden, unverkürzt zu den nachstehend in §§ 2 bis 4 bezeichneten Zwecken verwendet werden.

S 2 Die Klassensteuer wird für die 4 untersten Stufen außer

Gebung gesetzt, für die übrigen Stufen aber — soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 16. Juli 1880 unerhoben bleibt — den Kreisen überwiesen. In Betreff der jährlichen Veranlagung, sowie der Erhebung der Klassensteuerbeträge für die zuletzt genannten Stufen verbleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Von den, den Kreisen überwiesenen Klassensteuerbeträgen findet die Gewährung einer Gebühr an die Gemeinden nicht statt. In denjenigen Landesteilein, in welchen die örtliche Erhebung der Klassensteuer durch Staatsorgane erfolgt, haben die Kreise von den ihnen überwiesenen Beträgen 3 Prozent als Beitrag zu den Erhebungskosten zu entrichten. In der Provinz Hannover erfolgt bis zur Einführung der Kreisordnung die Überweisung an die Amtsverbände und selbständigen Städte.

S 3. Die Grund- und Gebäudesteuer wird behufs Erleichterung der Steuerlast der Kommunalverbände bis zur Hälfte des etatsmäßigen Betrages an die im § 2 bezeichneten Kommunalverbände überwiesen. Die nach vorstehender Bestimmung sowie nach § 2 zu überweisenden Beträge sind zunächst zum Erlauf der Kreisabgaben des betreffenden Etatsjahrs mit Einschluß der auf die Kreise vertheilten Provinzialabgaben zu verwenden. Im Falle einer Mehr- oder Minderbelastung einzelner Kreistheile hat ein gleichmäßiger Erlauf der Abgaben einzutreten. Über die Verwendung des die Summe der bezeichneten Kreisabgaben übersteigenden Betrages hat die Kreisvertretung mit Zustimmung des Bezirksrates, bzw. bis zur Einführung desselben die Bezirksregierung (Landdrostei) Bestimmung zu treffen. Durch Beschlussschaffung der im § 2 bezeichneten Kommunalverbände kann mit Genehmigung des Bezirksrates, bzw. der Bezirksregierung (Landdrostei) der Erlauf der vorstehend im Absatz 2 bezeichneten Kreisabgaben unterblieben, und eine anderweitige Verwendung zur Befriedigung kommunaler Bedürfnisse oder zu sonstigen gemeinnützigen Zwecken erfolgen.

S 4. Die Erhebung von Kommunalzuschlägen zu den direkten Staatssteuern bzw. die Vertheilung von Kommunallasten nach denselben hat, ohne Rücksicht auf die nach den Bestimmungen dieses Gesetzes eintretenden Auferhebungszusammen oder Überweisungen, lediglich nach Maßgabe des Veranlagungssolls der betr. Summe zu erfolgen. Desgleichen soll in allen denjenigen Fällen, in welchen eine aktive oder passive Wahlberechtigung von der Errichtung gewissen Steuerbeträge abhängig gemacht ist, oder wo die Übungen eines Wahlrechts nach Maßgabe der Bestimmung geregelt ist, den bezüglichen Berechnungen das Veranlagungssoll zu Grunde gelegt werden.

S 5. Die Verwendungen der durch Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Reichssteuern zu gewinnenden Mittel, so weit sie an Preußen überwiesen werden, erfolgen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen.

S 6. Von den dem preußischen Staate zu überweisenden Geldsummen ist — nach Absetzung des auf die hohenzollern'schen Lande entfallenden Anteils —

I. Ein Drittheil zunächst dem nach dem Gesetz vom 16. Juli verfügbaren, auf die 4 untersten Stufen der Klassensteuer entfallenden Erlabstagsbeträge zuzurechnen und mit demselben zum Erlauf der Steuer dieser Stufen bis zu deren vollem Jahresbetrag in analogen Anwendungen der §§ 2 bis 6 des gedachten Gesetzes zu verwenden, der dadurch nicht erschöpft Überhöhung aber auf die im § 2 bezeichneten Kommunalverbände nach dem Verhältnisse des Veranlagungssolls an Klassensteuer der fünften bis zwölften Steuerstufe, für das betr. Jahr zu ertheilen. Die zu diesem Zwecke verfügbaren Beträge werden durch den Staatshaushaltsetat festgesetzt; die Vertheilungen und Unterweisungen an die im § 2 bezeichneten Kommunalverbände hat der Finanzminister zu veranlassen.

II. Der verbleibende Betrag der dem preußischen Staate überwiesenen Geldsummen ist auf die im § 2 bezeichneten Kommunalverbände nach den Verhältnissen des Veranlagungssolls an Grund- und Gebäudesteuer für das Jahr, in welchem die Vertheilung stattfindet, und zwar bis auf die Höhe der Hälfte des etatsmäßigen Sollbetrags der Grund- und Gebäudesteuer zu vertheilen.

Der hierauf zu vertheilende Betrag wird durch den Finanzminister auf Grund der im Artikel 39 der Reichsverfassung erwähnten Jahresabschlüsse und der diesen gemäß stattfindenden Abrechnungen festgesetzt. Die aus den definitiven Abrechnungen sich ergebenden Berichtigungen werden bei der nächstfolgenden Festsetzung durch Zu- bzw. Abrechnung ausgeglichen. Das Ergebnis der Feststellung und Vertheilung ist alljährlich zur Kenntnis des Landtages zu bringen. Die Auszahlung der überwiesenen Beträge hat der Finanzminister unmittelbar nach Feststellung der Vertheilung zu veranlassen.

S 7. Daraus der nach § 6 II. verfügbare Betrag denjenigen der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer übersteigt, wächst der Überhöhung dem nach § 6 I. zu verwendenden Drittheile zu.

S 8. Sollten die aus den Überhöhung der Reichsverwaltung an Preußen zu überweisenden Summen einen Betrag erreichen, welcher über die vorstehend (§§ 2 und 4) bestimmten Zwecke hinausgeht, dann bleibt gesetzliche Regelung der Verwendung der überschreitenden Summen vorbehalten.

S 9. Die hohenzollern'schen Lande nehmen an den in §§ 1 und 5 gedachten, dem preußischen Staate zu überweisenden, zu Steuererlassen bezogenen Überweisungen verfügbaren Geldsummen nach Verhältnis der durch die lebtvorangegangene Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl zu denjenigen des übrigen Staatsgebietes Theil. Die Feststellung des Anteils erfolgt durch den Staatshaushaltsetat. Der festgesetzte Betrag wird nach Verhältnis des für das betreffende Jahr bestehenden Veranlagungssolls an direkten Staatssteuern mit Ausschluß der Grundsteuer auf die Amtsverbände ertheilt.

Der Bundessrat wird in der zweiten Januarwoche seine Thätigkeit wieder aufnehmen, während der Beginn der Minister-Konferenzen für die dritte Januarwoche in Aussicht genommen ist. Die Steuergesetze, welche zur Einbringung an den Reichstag bereits festgestellt sind, werden den Ministerrath also nicht mehr beschäftigen, dagegen hört die „Trib.“, daß die Steuerpläne der Reichsregierung noch nicht erschöpft sind, und daß damit die durchaus begründete Annahme im Zusammenhange steht, der Ministerrath werde sich zunächst nur mit finanziellen und noch nicht mit volkswirtschaftlichen Vorlagen zu befassen haben. Wie es heißt, würden sich die Berathungen an die Ergebnisse der Koburger Konferenzen anschließen.

Aus Berlin vernimmt die „Neue Freie Presse“, Herr von

Venniggen habe vom Fürsten Bismarck eine Einladung nach Friedrichsruhe erhalten; der Kanzler wünsche mit dem Führer der Nationalliberalen über die Stellung der Letzteren zur Frage des Steuernachlasses in Preußen und zu den im Reichstage einzubringenden Steuerprojekten zu verhandeln. Da auch die Führer der Konservativen nach Friedrichsruhe berufen sind, so wäre, falls die Nachricht begründet ist, der Kanzler eifrig bemüht, die ihm so oft fehlende parlamentarische Fühlung zu gewinnen.

In Hannover eifert jetzt die welfische Partei mit allen Kräften gegen die Beileitung der Stadt Hannover an dem Hochzeitsgeschenke für den Prinzen Wilhelm. Ein welfisches Blatt, die „Niedersächsische Volkszeitung“, ist wegen eines Artikels, in welchem gegen die Beileitung an diesem Hochzeitsgeschenke geifert wird, „da die Hannoveraner eine solche Zumuthung mit Entrüstung zurückweisen müßten“, mit Beschlag belegt worden. Das Organ des Herrn Brügel, die „Deutsche Volkszeitung“, meint, daß die Hannoveraner gar kein Interesse daran hätten, das prinzliche Paar mit Silbergeräh für die fürstliche Tafel zu versorgen, und macht darauf aufmerksam, daß man die Sammlungen zu einem Geschenk für den „eigentlichen Fürstensohn Hannovers“, den Herzog von Cumberland, polizeilich inhibirt hätte.

Die „Post“ erklärt, daß die freikonservative Partei für die Erhaltung der Zivilstandsgesetzgebung eintreten werde.

Während der ultramontane „Westf. Merk.“ noch sein Befreien über die so lange ausbleibende kaiserliche Antwort auf die kölner Katholiken-Adresse äußerte, lag der Bescheid auf dieselbe schon in den Händen des Adressaten. Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht den Wortsaut wie folgt:

Berlin, den 19. Dezember 1880.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die von Ew. Wohlgeboren in Gemeinschaft mit einer größeren Anzahl rheinischer Katholiken an Alerhöchst dieselben aus Anlaß der Feier der Vollendung des kölner Domes gerichtete Immediat-Vorstellung dem königlichen Staatsministerium zur Prüfung und zu ihrer Bescheidung zufertigen zu lassen geruht.

Indem ich Ew. Wohlgeboren Namens des königlichen Staatsministeriums hieron benachrichtige, bemerke ich ergeben, daß die königliche Staatsregierung es nicht für angezeigt erachtet, jene Feier zum Anknüpfungspunkte für die Grörterung kirchenpolitischer Anträge und Gesichtspunkte zu machen.

Ew. Wohlgeboren stelle ich ergeben anheim, die Mitunterzeichner der Immediat-Vorstellung von diesem Bescheide in Kenntnis zu setzen.

Der Vice-Präsident  
des königlichen Staatsministeriums  
An Otto Graf zu Stolberg.  
Wohlgeboren

Köln a. Rhein.

Die „Köln. Volksztg.“ glaubt hervorheben zu müssen, „daß das Altenstück diesmal von Seiten Sr. Majestät dem Staatsministerium zugeschafft wurde, während alle früheren Gingeben ähnlicher Art unseres Wissens durch das Kultusministerium beschieden worden sind“. Man dürfe darin wohl ein Indizium erblicken, daß die von den gewählten Vertretern der Katholiken der gesammten Rheinlande ausgegangene Kundgebung an Alerhöchster Stelle in ihrer Bedeutung „vollaus gewürdigt worden ist“. — Der Umstand, daß der Bescheid dem Staatsministerium anstatt wie sonst dem Kultusminister übertragen wurde, hat indeß schwerlich den von der „Köln. Volksztg.“ supponirten Grund, daß Se. Majestät jetzt eine ernstere Prüfung der ultramontanen Beschwerden habe eintreten lassen, als früher; vielmehr ist der Modus offenbar lediglich durch die Erwägung veranlaßt worden, daß das Staatsministerium die geeignete Stelle für die Auslegung des bekannten Staatsministerialbeschlusses vom 17. März cr. ist, gegen dessen Tendenz sich ja hauptsächlich die in Rede stehende Immediateingabe richtete.

Der Verband der deutschen Ingenieur-Vereine hatte zum Studium der Haftpflichtfrage eine besondere Kommission eingesezt, welche sich seit mehr als einem Jahre mit Eifer ihren Aufgaben widmet. Sie hat unter Anderem auch versucht, bewährte Schutzvorrichtungen zu möglichster Minderung der mit gewerblichen Betrieben verbundenen Gefahren zu sammeln, um dieselben alsdann zusammenzustellen und zu veröffentlichen, ähnlich wie dies die von der „Société industrielle du Mulhouse“ (Mühlhäuser Industrie-Gesellschaft) gegründete „Association pour prévenir les accidents de machines“ (Gesellschaft zur Verhütung von Unglücksfällen beim Maschinenbetriebe) seit 1866 bereits jährlich thut. Die Kommission hatte zu diesem Zwecke ein Zirkular unter den Vereinsmitgliedern (ca. 4000) verbreitet, welches die Bitte aussprach, ihr durch Mittheilung über Erfahrungen, welche man in den betreffenden Kreisen mit Schutzvorrichtungen bereits gemacht, bei ihrer Arbeit unterstützend zur Seite zu treten. Leider war, wie das „Berl. Tgbl.“ wissen will, der Erfolg ein geringer, denn das, was bis jetzt eingeschickt wurde, ist kaum als nennenswerth zu bezeichnen. Diese geringe Theilnahme derselben Arbeitgeber, welche ein Eingreifen des Staates auf dem Gebiete der Schutzmittel energisch und einstimmig zurückweisen, ist nicht geeignet, das Vertrauen auf die von den Arbeitgebern in Aussicht gestellte Selbsthilfe zu erhöhen.

Unermüdlich, wie sie sind, haben die Czechen jetzt auch die für Österreich angeordnete Volkszählung nunmehr zum Anlaß ihrer Umtreibe genommen. Die Listen enthalten bekanntlich auch eine Rubrik über die „Umgangssprache“, und nun handelt es sich, um die größtmögliche Anzahl von Czechen in Böhmen und Mähren herauszubringen, darum, die Deutschen in der Diaspora einzuschüchtern und die Czechen zu patriotischem Zeugnis für ihre Nation aufzufordern. Schmeckel hat in Erkenntnis der Gefahr bereits vor einigen Tagen in einem Zirkular die Deutschen Böhmens zum unerschrockenen Bekenntnis ihrer Nationalität aufgesfordert. Diesem Schreiben ist nun eine offizielle Proklamation gefolgt, welche in schwülster Sprache

die Söhne Libussas in- und außerhalb Böhmens zur Propaganda für ihre Nation auffordert. Das Manifest wird von czechischen Beamten sogar in rein deutschen Bezirken demonstrativ vertheilt, was allerding für die betreffenden Agitatoren schon wiederholt Unannehmlichkeiten im Gefolge hatte. Man kann unter diesen Umständen auf die Eroberungen gespannt sein, welche die Czechen in den Ländern der Wenzelskrone auf Grund der Zählstellen machen werden; ihre Schuld ist es sicherlich nicht, wenn die Annexion zu klein ausfällt.

Der österreichische Blättertheilen einen Aufruf des ersten Prälaten des Olmützer Domkapitels, Grafen Belrupt-Tissac, mit, worin zur Bewerbung um erleidigte Kanonikate aufgefordert wird. Nachdem die verschiedenen Bezeugnisse aufgezählt sind, welche Kandidaten einreichen müssen, heißt es darin weiter: „Die vorstehend mitgetheilten Bedingungen genügen für den Konkurs um ein durch die Nomination des Kaisers zu besetzendes Kanonikat, denn Se. Majestät der Kaiser kann mit Zustimmung des apostolischen Stuhles Adelige oder Nichtadelige ernennen. Die Kompetenzen um ein durch die Kapitelwahl zu besetzendes Kanonikat haben außer den vorstehend genannten Punkten ihrem Gesuche ein Adels-Diplom, und zwar wenigstens des Ritterstandes beizufügen, da das hochwürdigste getreue Kapitel nach den Kapitel-Statuten bei der Wahl der Kanonikate an adelige Kandidaten und, wie schon erwähnt, wenigstens des Ritterstandes gebunden ist.“ Es ist damit amtlich festgestellt, daß die Berechtigung, für die das Ministerium Auersperg lange Jahre mit Rom gestritten, daß nämlich die Vergebung von Kanonikaten von der Abstammung unabhängig sein soll, vom Grafen Taaffe preisgegeben ist.

Nach einem wiener Telegramm der „Elbf. Tg.“ stimmt Österreich dem französischen Vorschlage bezüglich Einsetzung eines Schiedsgerichts für den griechisch-türkischen Konflikt in derselben Weise wie Deutschland zu. Nach einem peiter Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ soll von Österreich-Ungarn der Antrag ausgegangen sein, daß das türkische Rundschreiben vom 14. d. mit einer identischen Note beantwortet und in dieser der Pforte mitgetheilt werde, wenn sie jenes Zugeständniß, welches in der Note vom 3. Oktober enthalten sei, mit der Abtreitung der Insel Kreta als Erfaz für Gebietsteile in Epirus ergänzen wolle, so würden die Mächte dahin wirken, daß neue Verhandlungen zwischen der Pforte und Griechenland stattfinden; die türkische Note biete in ihrer gegenwärtigen Gestalt dafür noch keine genügende Grundlage.

Wie bekannt, ist die Eröffnung des Gotthard-Tunnels und mit ihm der ganzen Gotthardbahn nahe bevorstehend. Diese Eisenbahn wird daher auch sehr bald ihre Bedeutung für den internationalen Verkehr geltend machen und demselben auch eine neue wichtige Route anweisen. In den Nachbarstaaten der Schweiz sieht man daher der Eröffnung der Gotthardbahn mit großem Interesse entgegen. Frankreich stand bekanntlich dem Gotthardbahuprojekte stets feindlich gegenüber. Bildete es doch Seitens der französischen Regierung im Jahre 1870 theilweise sogar einen der Vorwände für die Kriegserklärung, daß Deutschland die Gotthardbahn subventionirt hatte. Heute steht aber auch die französische Regierung dem nunmehr ausgeführten Prospekte etwas freundlicher gegenüber. Wie aus Paris eingetroffene Privatnachrichten besagen, ist das französische Ministerium jetzt entschlossen, die als Konkurrenzlinie der Gotthardbahn aufgefaßte Simplonbahn aufzugeben, beziehungsweise eine staatliche Subvention für dieselbe abzulehnen, dagegen die Herstellung der kürzesten Verbindung von Calais zum Gotthardtunnel und zwar über Belfort und Delle mit einem Tunnel nach Gromagny zu beantragen. — Bei diesem Anlaß wollen wir noch erwähnen, daß dieser Tage das Postfelleisen zum ersten Male den Gotthard-Tunnel passirte. Es brauchte vier Stunden von Götschen bis Airolo.

Die kommunistische Bewegung in Frankreich gibt zu den sensationellsten Gerüchten Veranlassung. So wurde in auswärtigen, besonders englischen Blättern mitgetheilt, daß eine ausgedehnte Nationalisierung in Frankreich besthehe, der einige amnestirte Kommunisten angehören, und daß die Gesellschaft an der sozialen Revolution arbeite. Gambetta solle von derselben mit dem Tode bedroht worden sein. Eingeleitete Erhebungen stellten jedoch fest, daß eine solche Gesellschaft nicht bestehe. Einige Exaltirte, die in öffentlichen Versammlungen den Opportunisten den Tod geschworen hatten, versuchten wohl eine Gesellschaft zu bilden, hatten aber keinen Erfolg. Anonyme Briefe an Gambetta enthalten nur die gewohnten Drohungen, welche in sozialistischen Versammlungen gegen ihn ausgetoßen werden. Der Kommunismus wird zum ersten Male seit 1871 seine Kräfte in Paris bei den am 9. Januar 1881 stattfindenden Municipalwahlen messen. In der französischen Hauptstadt bereitet sich ein erstes offenes Duell zwischen dem herrschenden Opportunismus und dem Radikalismus, zwischen der Republik und der Kommune vor. Die Kommunards entwickeln die allerlebhafteste agitatorische Thätigkeit, um bei den pariser Municipalwahlen ihre Revanche zu nehmen, und ihre Organe sind angefüllt mit Berichten über dergleichen vorbereitende Wahlversammlungen, in denen jedesmal dem Opportunismus mit Erbitterung der Prozeß gemacht wird. Dieser gibt sich selbst keinen Illusionen hin über die Gefahren des Kampfes; denn schon sucht Herr Nanc im „Voltaire“ im Vorraus die Bedeutung der Wahl abzuschwächen, falls wirklich einige Kommunards vom reinsten Wasser in den Gemeinderath von Paris gewählt würden. Wie gemeldet, ist auch schon für Gambetta ein anderer Bezirk als Belleville in Reserve genommen worden. So von vornherein gleich einen heilweisen Triumph der Kommune zugestehen, ist doch ein ziemlich bedenkliches Augurium. Der Louise Michel allerdings, dieser entsetzlichen Petroleum, deren Autorität in der Partei in stetem Wachsen begriffen, genügen auch die lebenden Kommunards noch nicht; sie

predigt die „Kandidatur der Todten“, denn es käme darauf an das Prinzip der sozialen Revolution zu behaupten. Dies liegt, muß natürlich die Stimmung in einer Weise erregen, da entweder eine Revolte das Resultat ist, oder aber eine allgemeine Abspaltung und Reaktion eintritt. Die leichte Eventualität wäre im Interesse des Friedens jedenfalls die am meisten erwünschte.

Die Krankheit des Vicekönigs von Indien, der den wichtigsten aller nicht in England selber befindlichen Posten einnimmt, ist für die Regierung sehr fatal, zumal gegenwärtig die afghanischen Wirren noch lange nicht gelöst sind. Wie nunmehr die „Times“ erfährt, stände die Demission Lord Ripons nahe bevor, weil er das Klima in Indien nicht ertragen könne. Über das Befinden des Vicekönigs melde eine Depesche aus Allahabad vom 20. d.: Lord Ripon verbrachte in Folge eines leichten Fieberrückfallen eine ruhelose Nacht, doch wurde der Zustand Sr. Excellencies heute Morgen für befriedigend erachtet. Die „Times“ bringt auf sofortige Ernennung eines Nachfolgers und empfiehlt Lord Dufferin als die geeignete Persönlichkeit. Noch eine andere Demissionsnachricht kommt aus London. Der Unterstaatssekretär des Inneren hat aus Gesundheitsgründen um seine Entlassung nachgesucht. Ob das nur Gesundheitsrücksichten sind, oder ob die Verlegenheit der Regierung bei dieser Demission mitwirkt, dürfte schwer zu entscheiden sein.

Aus Rom begaben sich kürzlich zwei Engländer, Angelo Cuello und Terillo Barbiere, als Delegierte des philhellischen Komites der italienischen Hauptstadt nach Athen, um der griechischen Regierung die Bildung eines italienischen Freiwilligenkorps und den Verkauf von 50,000 Chassepotgewehren, die sich angeblich in Bayern und in der Schweiz befinden, anzubieten. Als spezieller Auftraggeber wird Garibaldis Schwiegersohn, General Canzio, genannt. Die beiden Delegierten wurden am Montag von Kumunduros empfangen. Die ganz Angelegenheit scheint der italienischen Regierung sehr ungemein zu sein, denn dieselbe hat sich, da sie kein gesetzliches Mittel hatte, die Reise der beiden Herren zu verhindern, verlaßt gesehen, die griechische Regierung vor dem Ankaufe ihrer offerirten Waffen zu warnen und ihr mitzuteilen, daß die italienische Regierung, falls die erwähnte Partie Waffen auf italienisches Gebiet gelangen sollte, dieselbe sofort konfiszieren würde, da sie ihren internationalen Verpflichtungen nach allen Seiten nachzukommen bestrebt sein müsse. Die „Pol. Kor.“ fügt ihrer Mitteilung die Bemerkung hinzu: „Die beiden Garibidianer sollen auch in Folge dessen in Athen eine sehr kühle Aufnahme gefunden haben, und das geplante Geschäft kam aus dem Grunde nicht zu Stande, weil die Griechen mit Gewehren vom Systeme Gras bewaffnet sind.“

Für die Auffassung, welche am Bosporus über das Hälfte der Türkei zu Griechenland maßgebend ist, liefert das vertrauliche Zirkular, welches dem Pforten-Rundschreiben vom 14. d. auf dem Fuße folgte, sehr interessante Beiträge. Der Inhalt des Altenstücks wird von dem konstantinopeler Korrespondenten der „R. Fr. Pr.“ folgendermaßen skizziert:

„Die neue Zirkulardepesche ist äußerst vertraulichen Charakters und eigentlich nur eine Art Instruktion für die Botschafter, die darin angegeben werden, von welchen Gesichtspunkten sie sich in ihren Unterhaltungen über die griechische Frage mit den Mitgliedern fremder Kabinette leiten lassen sollen. Im Großen und Ganzen eine Paraphrase des Rundschreibens vom 14. d. enthält diese zweite Note doch einige neue Momente von allgemeinem Interesse. Insbesondere ist Asmus Pascha in derselben der Auffassung entgegen, als hätte Griechenland sich durch sein Wohlverhalten während des serbisch-türkischen und des russisch-türkischen Krieges ein Antrecht auf Entschädigung erworben. Diese Behauptung wird nicht bloss durch den Umstand widerlegt, daß Griechenland sich damals in einem absolut kampfunfähigen Zustande befand, sondern auch durch die Thatache, daß die Pforte während des ganzen Krieges 30- bis 40,000 Mann an den griechischen Grenzen stationirt hatte, und daß ein Theil der türkischen Flotte fortwährend in den griechischen Gewässern kreuzte, welche Streitkräfte, wenn sie nicht durch die zweideutige Haltung Griechenlands festgehalten worden wären an anderen Punkten des bedrohten Reiches hätten Verwendung finden und so vielleicht den Krieg zu Gunsten der Pforte hätten entschieden können. Die Note kommt auch auf die bereits in dem Zirkular vom 14. d. erwähnte provozierende Haltung Griechenlands, auf seine Rückungen, Anleihen u. s. w. zurück, um den Nachweis zu liefern, daß die Griechen im Gegensatz zu der Pforte, welche Ruhe hält, den Frieden bedrohen. Trotz dieser provozierenden Haltung Griechenlands sei jedoch die Türkei bereit, jene Opfer zu bringen, zu welchen sie sich aus Achtung vor den auf dem Berliner Kongresse ausgeprochenen Wünschen der Mächte verstanden hat, doch sollen die Kabinette in billiger Würdigung der Lage und der großen Opfer, welche die Pforte bereits gebracht hat, Griechenland dazu vermögen, seine leichten Ansprüche, welche die Pforte niemals erfüllen könnte, zu reduzieren.“

Die Zukunft des Generals Grant verursacht den Vereinigten Staaten-Politikern einiges Kopfzerbrechen. Präsident Hayes hat bekanntlich dem Kongress vorgeschlagen, den Präsidenten zum General-Kapitän der Armee zu ernennen. Da wäre Grant wohl unter allen Umständen die angenehmste Lohnung für seine Verdienste. Doch regen sich Stimmen, welche die Schaffung einer solchen militärischen Charge und eines derartigen Präsidenten für im hohen Grade bedenklich erachten. Da geht das Gerücht, Präsident Garfield sei Willens, Grant als Gesandten der Vereinigten Staaten nach London zu schicken. Doch ist der Präsident nicht geneigt, ein Zivilamt anzunehmen. Die zu seinen Gunsten gesammelten Gelder haben die Summe von 400,000 Dollars erreicht; er hat sich über die Annahme einer solchen Nationalbelohnung noch nicht entschieden, und wird dieselbe ablehnen, wenn er zum General-Kapitän ernannt werden sollte. Grant wird unter Garfield die einflussreichste Personlichkeit sein und auf die Bildung des von demselben zu nennenden Kabinetts großen Einfluss ausüben. Garfield bekommt nur dem Einfluß Grant's die Wahl zum Präsidenten zu danken.

# Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 23. Dezember.

— Über den neuesten Eisenbahnunfall berichtet der "Staatsanzeiger": Am 21. d. M. sind die beiden letzten Wagen (Postwagen und Postbeiwagen) des um 7 Uhr 30 Min. Abends von Bergdorf nach Wissen fahrenden Köln-Minden-Personenzug in einem Wissen Einsturz von einem in Folge des anhaltenden Regens entstandenen Erdrutsch getroffen und zum Theil zerdrückt worden. Eine weitere Folge dieses Unfalls war die Entgleisung der Lokomotive mit Tender, des Postwagens und eines Personenwagens vierter Klasse. Ein Soldat, der im Postbeiwagen Hülfe leistete, der Postschaffner, der Packmeister des Zuges und der Heizer wurden schwer, der Lokomotivführer und Zugführer leicht verletzt. Die Passagiere sind unverletzt geblieben. Beide Gleise wurden gesperrt.

Das anhaltende Regenwetter hat überhaupt an verschiedenen Eisenbahnen mehr oder minder bedeutenden Schaden angerichtet.

— Bisher wurden im Allgemeinen bei der Kavallerie nur solche nicht mit dem Berechtigungsschein zum einjährigen Dienste versehene Freiwillige zugelassen, welche sich zu einer vierjährigen Dienstzeit verpflichteten, wofür ihnen Befreiung von den Reservisten-Übungen und Verkürzung der Landwehrdienstzeit zusteht. Gegenwärtig sind einzelne Armeekorps zur Annahme auch dreijährig-Freiwilliger bei der Kavallerie ermächtigt worden; doch haben diese nur die freie Wahl des Regiments.

## Bermischtes.

\* Joachim Gehlsen. Die von Berliner Blättern verbreitete Nachricht, Herr Joachim Gehlsen sei zu London gestorben, schreibt die "B. Z." war falsch. Von Vincennes bei Paris, seinem gegenwärtigen Aufenthalte aus, schreibt uns der genannte Herr, daß seine irische Laufbahn auch noch fernher als unvollendet gelten müsse. Er meint, daß eine Verwechslung seiner Person mit einem Individuum vorliege, das sich in Paris mehrfach seines Namens fälschlich bedient habe. Das Sennad auf den Namen Joachim Gehlsen Spekulationen betreiben könnte, mag allerdings wenig glaubhaft erscheinen.

## Telegraphische Nachrichten.

Straßburg i. E., 23. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Landesausschusses wurde auf eine Petition betreffend die Wiedereinführung der französischen Sprache in die Volksschule regierungsseitig die Erklärung abgegeben, daß die Regierung von dem grundsätzlichen Standpunkte, welchen sie in dieser Frage bisher eingenommen habe, nicht abgehen werde. — Nachdem das Oberlandesgericht Colmar vorgestern den Kassationsrechts in dem Prozesse gegen Tissot wegen Landesverraths abgewiesen hat, erklärt die "Elsaß-Lothringische Zeitung" heute gegenüber den französischen Journals, welche die Verurtheilung Tissot's als eines französischen Staatsangehörigen angegriffen und das Urtheil als ein den Gesetzen widersprechendes dargestellt hatten: daß das durch umfassende Beweisaufnahme festgestellte Verbrechen innerhalb des deutschen Reiches verübt worden sei und Tissot daher ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit hier abzurichten war, da die Strafgesetze des deutschen Reichs auf alle im Gebiete desselben begangenen strafbaren Handlungen Anwendung finden, auch wenn der Thäter ein Ausländer ist. Da der Angeklagte, der ungültig optirt hatte, über seine Staatsangehörigkeit — weil zum Offizier in der französischen Territorialarmee ernannt — im Zweifel sein konnte, hatte das Gericht ihm mildernde Umstände bewilligt und statt auf 15 Jahre Zuchthaus nur auf drei Jahre Festungshaft erkannt, d. h. die Strafe so bemessen, als ob der Thäter ein Ausländer wäre.

Wien, 23. Dez. Das Handelsministerium hat, wie die "Polit. Korresp." meldet, das Angebot der Firma Econi und Gebr. Lapp, als vereinigte Unternehmung unter Solidarhaft für den ganzen Arlbergtunnel die Osthälfte desselben mit einem 5prozentigen, die Westhälfte mit einem 2prozentigen Aufgebot herzustellen, angenommen.

London, 23. Dezember. Wie die "Times" erfährt, stände die Demission des Bizekönigs von Indien, Lord Ripon, nahe bevor, weil derselbe außer Stande ist, das Klima zu ertragen. Die "Times" dringt auf sofortige Ernennung eines Nachfolgers und empfiehlt Lord Dufferin als die geeignete Persönlichkeit. — Der Unterstaatssekretär des Januari hat aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung nachgesucht.

London, 23. Dezember. Das "Neuter'sche Bureau" läßt sich aus Athen vom gestrigen Tage melden, Komanduros habe an die Vertreter Griechenlands im Auslande ein Birkular erlassen, in welchem dieselben angewiesen werden, ein Schiedsgericht in der griechischen Grenzregulirungsfrage, wenn ein solches angeboten werden sollte, abzulehnen.

London, 23. Dezember. Nach einer amtlichen Meldung aus Kappstadt vom gestrigen Tage hat Oberst Baker den Häuptling des Bondomeen-Stammes, Urukonto, vollständig geschlagen. Der Feind verlor gegen 300 Mann. Die Engländer erbeuteten eine große Menge Vieh. Urukonto entkam. Der Verlust der Engländer betrug 1 Offizier und 3 Mann tot und 10 verwundete.

London, 23. Dezember. Ein Telegramm aus Durban von heute früh meldet das Gericht, daß die Engländer von den Boers des Transvaal-landes bei Middelburg geschlagen worden seien, 200 englische Soldaten seien getötet, 50 seien in Gefangenschaft gerathen.

London, 23. Dez. Ein Telegramm des "Globe" aus Dublin meldet: Gestern nahmen die Zollbeamten in dem Flusse Clare, nahe bei dessen Einmündung in den Shannon, das Schiff "Juno" in Besitz, welches eine Ladung amerikanischer Waffen an Bord hatte. Das Schiff wurde von einer Truppenabteilung besetzt. Eine Anzahl junger Leute, die kürzlich aus Amerika angelkommen sind und sich in dem Distrikte aufzuhalten, befindet sich unter polizeilicher Überwachung. In dem Distrikte herrscht große Erregung.

Verantwortlicher Redakteur Dr. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mitteilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1880.

V a t u m	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe.	W i n d.	W e t t e r.	Temp. i. Cels. Grad.
23. Nachm. 2	741,9	SD mäßig	bedeckt <sup>1)</sup>	+ 1,5
23. Abends 10	741,0	W mäßig	wolkenlos	+ 6,4
24. Morgs. 6	741,8	Windstille	bedeckt Nebel	+ 5,4
1) Regenhöhe 3,5 mm.				
Am 23. Wärme-Maximum +	7° 0 Celsius.			
= =	Wärme-Minimum + 0° 2			

## Wetterbericht vom 23. Dezember, 8 Uhr Morgens

O r t.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. reduz. in mm.	W i n d.	W e t t e r.	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	743	SW	5 bedeckt	9
Aberdeen	742	SD	3 bedeckt	4
Christianslund	750	WSW	3 heiter	-1
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	754	SW	2 wolkenlos	-11
Havaranda	748	still	bedeckt	-11
Petersburg	755	SSW	2 wolfig	-4
Moskau	760	S	1 Regen	-1
Tork Dueenst.	748	SW	5 bedeckt <sup>1)</sup>	11
Brest	757	WSW	4 bedeckt <sup>2)</sup>	12
Yelde	745	SW	5 bedeckt	9
Sult	744	WSO	4 Schnee	0
Hamburg	747	SD	4 Regen <sup>3)</sup>	1
Swinemünde	753	SD	3 Schnee <sup>4)</sup>	0
Reufahrnasser	757	SSD	1 Nebel	-5
Nemel	757	SD	2 halb bedeckt <sup>5)</sup>	6
Paris	759	SW	4 Regen	11
Münster	750	SW	7 Regen	10
Karlsruhe	760	SW	6 bedeckt	10
Wiesbaden	758	SW	3 bedeckt <sup>6)</sup>	8
München	762	SW	5 bedeckt	6
Leipzig	754	S	2 bedeckt <sup>7)</sup>	5
Berlin	752	SD	1 bedeckt <sup>8)</sup>	2
Wien	763	still	bedeckt	-1
Breslau	758	S	3 bedeckt <sup>9)</sup>	2
Ne d'Air	764	SW	6 bedeckt	13
Rizza	765	N	2 wolkenlos	7
Triest	766	still	wolkenlos	4

<sup>1)</sup> Große See. <sup>2)</sup> Große See. <sup>3)</sup> Nachts Schnee, später Regen. <sup>4)</sup> Gestern und Nachts wenig Schnee. <sup>5)</sup> Seegang mäßig, Nachmittags, Nachts Schneefall. <sup>6)</sup> Abends Regen mit Schneeflocken, Nachts Regen. <sup>7)</sup> Nachts Regen. <sup>8)</sup> Nachts etwas Schnee. <sup>9)</sup> Schneeflocken.

Skala für die Windstärke:

1 = leicht Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstenzone von Irland bis Ostpreussen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingehalten.

## Wetterbericht der Witterung.

P o s e n ,	a m 22. D e z e m b e r M i t t a g s	2,98 M e t e r .
= 23.	=	3,08 =

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20,365. Pariser do. 80,62. Wiener do. 171,65. R. & P. St.-A. 1484. Rheinisch. do. 159,5. Hess. Ludwigsd. 95,5. R. & P. Br. Anth. 129,5. Reichsanl. 100,5. Reichsbank 147,5. Darmst. 153,5. Meiningen 8,97. Deft. ang. Bl. 701,50. Kreditattien\*) 246,5. Silberrente 62,5. Papierrente 62,5. Goldrente 75,5. Ung. Goldrente 94,5. 1860er Loos 122,5. 1864er Loos 307,20. Ung. Staats 212,50. do. Ostb.-Ost. II. 85,5. Böh. Westbahn 214,5. Elisabethb. 176,5. Nordwestb. 163,5. Galizier 240. Franzosen\*) 239,5. Lombarden\*) 82,5. Italiener —. 1877er Russen 92,5. 1880er Russen 71,5. ll. Orientanl. 57,5. Bentr.-Pacific 112,5. Distrikto-Kommandit —. Elbthalbahn —. Nach Schluß der Börse: Kreditattien 247,5. Franzosen 239,5. Galizier 241,5. ungar. Goldrente —. ll. Orientanleihe —. 1860er Loos —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Urkohngaben —. 1877er Russen —. Böh. Westb. —. \*) per medio reip. per ultimo.

Frankfurt a. M., 23. Dezember. Effelten-Sozietät. Kreditien akt. 246,5. Franzosen —. Lombarden 83,5. 1860er Loos —. Galizier 240,5. österreich. Goldrente —. ungarische Goldrente 94,5. ll. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Meiningen Bank —. Matt. —.

Wien, 23. Dezember. (Schluß-Course.) Still. Spekulationspapiere mäßig schwankend, Bahnen mehr gefucht, Renten behauptet.

Papierrente 73,00. Silberrente 73,80. Deft. Goldrente 87,70. Ungarische Goldrente 110,60. 1854er Loos 122,25. 1860er Loos 130,50. 1864er Loos 171,50. Kreditloose 182,50. Ungar. Prämienl. 107,50. Kreditattien 288,20. Franzosen 279,00. Lombarden 97,00. Galizier 279,80. Kasch.-Oderb. 132,20. Pardubitzer 138,00. Nordwestbahn 192,50. Elisabethbahn 205,00. Nordbahn 249,00. Deft. ungar. Bank —. Türke. Loos —. Unionbank 114,40. Angl.-Austr. 130,80. Wiener Bankverein 138,80. Ungar. Kredit 263,80. Deutsche Plätze 57,60. Londoner Wechsel 117,90. Pariser do. 46,50. Amsterdamer do. 97,15. Napolons 9,38. Dukaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 58,22,5. Russische Banknoten 1,20. Lemberg-Garnowitz 172,50. Kronpr.-Adolf 165,00. Franz-Josef 179,00.

4½ prozent. ungar. Boden-Präf.-Pfandbrief 92,60. Elbthal 237,00. Nach Schluß der Börse: Anglo-Austria —.

Wien, 23. Dezember. Abendbörs. Kreditattien 287,75. Franzosen 279,25. Galizier 280,50. Anglo-Austr. 130,50. Papierrente 72,95. ungar. Goldrente 110,55. Lombarden 97,00. öster. Goldrente 87,65. Marknoten 58,20. Napolons 9,37. 1864er Loos —. öster. ungar. Bank —. Elbthalbahn —. Abgeschwäch.

Paris, 23. Dezember. (Schluß-Course.) Fest.

3 prozent. amortif. Rente 87,25. 3 prozent. Rente 84,87,5. Anleihe de 1872 119,35. Italienische 5 prozent. Rente 88,20. Deft. Goldrente 75,5. Ungar. Goldrente 97. Russen de 1877 97. Franzosen 606,25. Lombardische Eisenbahn-Aktien 212,50. Lomb. Prioritäten 27,00. Türken de 1865 12,52,5. 6 prozent. rumänische Rente —. Credit mobilier 67,00. Spanier exter. 21,5. do. inter. 20,15. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 552,00. Societe gen. 610,00. Credit foncier 1440,00. Coptier 354,00. Banque de Paris 1168,00. Banque d'escompte 820,00. Banque hypothécaire 610,00. III. Orientanleihe 58,5. Türkenseite 39,50. Londoner Wechsel 25,31. 5 prozent. Rumänische Anleihe —. Panama-Aktien —.

Florenz, 23. Dezbr. 5 p.C. Italienische Rente 90,22. Gold 20,55. Petersburg, 23. Dezember. Wechsel auf London 24,12. II. Orientanleihe 90,5. III. Orientanleihe 90,5.

London, 23. Dezbr. Consols 93,5. Italienische 6proz. Rente 86,5. Lombarden 8,5. 3prozent. Lombarden alte 11, 3prozent. do. neue —. 5proz. Russen de 1871 89,5. 6proz. Russen de 1872 88,5. 5proz. Russen de 1873 88,5. 6proz. Türken de 1865 12,5. 5proz. fundierte Amerikaner 104,5. Deft. Silberrente 64,5. do. Papierrente —. Ungarische Goldrente 95,5. Deft. Goldrente 74,5. Spanier 21,5. Coptier 69,5

## Produkten-Börse.

Berlin, 23. Dezember. Wind: NW. Wetter: Anhaltender Regen.

Weizen per 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert, f. weiter Uferm. — M. ab Bahn bez., gelber — M. ger. weißb. Polnischer — M. ab Bahn bezahlt, per Dezember 201—202 bezahlt, per Dezember — Januar — bez., per April—Mai 207½—209—208½ bez., Mai—Juni 209—209½ bez., per Juni—Juli — M. Gef. 1000 Zentner. Regulierungspreis 203 M. — Roggen per 1000 Kilo loko 200—215 M. nach Qualität gef. russischer — ab Kahn bez., inländischer 206—211 ab Bahn bez., defekt. — M. ab Kahn bez., polnischer m. etm. Geruch — M. ab Kahn bez., per Dezember 211½—213½ Mark bez., per Dezember — Januar 208—209½ bez., Januar—Februar — bez., per April—Mai 197—198½ M. bez., Mai—Juni 192½—193½ bez., Juni—Juli 186—187½ bez. Gefündigt 18000 3tr. Regulierungspreis 212 M. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—168 nach Qualität gefordert, russischer 150—155 bezahlt, ost- und westpreußischer 150—155 bez., pommerscher und mecklenburgischer 152 bis 156 M. bez., schlesischer 150—155 bez., böhmischer 150—155 bez., per Dezember 152½ M. — Dez.—Januar — bez., April—Mai 152 Mark bez., Mai—Juni 152½ Mark bez. Gefündigt 1000 Zentner. Regulierungspreis 151½ Mark. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 183—215 M. Futterware 172—182 M. — Mais per 1000 Kilo loko 141—144 M. nom. nach Qualität gef., per Dezember 141 Mark, per Januar 142 Mark, per April—Mai 132 Mark bz., per Mai—Juni 131 Mark, rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab Bahn bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. — Weizenmehl per 100 Kilogr. brutto 00: 30,50—29,00 M. 0: 29,00 bis

28,00 M. 0/1: 28,00 bis 27,00 M. — Roggenmehl infl. Sac 0: 29,75 bis 28,75 M. 0/1: 28,50—27,50 M. per Dec. 8,30—28,45 bez., Dez.—Jan. 28,20—28,40 bez., pr. Jan.—Feb. 28,20—28,40 bez., Februar—März 28,20—28,40 bez., Mär.—April — bez., April—Mai 28,10 bis 28,20 bez., Mai—Juni 27,95—27,80 bezahlt. Gefündigt 500 Zent. Regulierungspreis 28,30 M. — Oelsaat per 1000 Kilo Winterrapss neuer — M. Winterrüben neuer — M. — Rübel per 100 Kilo loko ohne Fas 54,5 M. flüssig — mit Fas 54,8 M. per Dezember 54,7 Mark, per Dezember—Januar 54,7 Mark, per Januar—Februar 54,7 M. per Februar—März — bez., per März—April — bz., April—Mai — Mark, Mai—Juni 56,5 M. — Gefündigt. — 3tr. Regulierungspreis — M. — Leinöl per 100 Kilo loko 65,0 Mark. Petroleum per 100 Kilo loko 28,0 M. per Dezember 27,9 bez., per Dezember—Januar 27,6—27,3 bezahlt, per Januar—Februar 27,6—27,3 bez., Februar—März — bez., Mär.—April — M. bez., April—Mai 26,2—26,1. Gef. 400 3tr. Regulierungspr. 27,9 M. Spiritus per 100 Liter loko ohne Fas 54,3 Mark bez., per Dezember 54,7—55,0 bez., per Dezember—Januar 54,6—54,9 bez., per Januar—Februar 54,6—54,9 bez., per Februar—März — bez., per März—April — Mark bez., per April—Mai 56,0—56,3 Mark bez., per Mai—Juni 56,2 bis 56,5 bez., Juni—Juli 57,1—57,3 bez. — Gefündigt 70,000 Liter. Regulierungspreis 54,9 M. (Berl. Börs.-Itg.)

Naps, ohne Handel. — Spiritus: pro 100 Liter à 100 51,50—52,00 Mark. — Rubelcours 206,00 Mark.

Stettin, 23. Dezember. (An der Börse.) Wetter: E und Regen. + 3 Gr. N. Barometer 27,10. Wind: SSW.

Weizen etwas fester, per 1000 Kilo loko gelber 198—203 M. ringe, 180—195 M. weißer 200—207 M. per Frühjahr 205,5 M. per Mai—Juni — M. bez. — Roggen etwas fester, per 1000 inländischer 196—202 M. Libauer — M. russischer — M. per Dezember 203 M. bez., per Januar—Februar 201 M. bez., per Frühjahr 194,5 M. Br. u. Gd. per Mai—Juni 190 M. Gd. per Jun—Jul. M. bez. — Gerste stille, pr. 1000 Kilo loko geringe 135—145 Oderbrück und Märker 150—155 M. — Hafer stille, per 1000 loko 140—150 M. — Erbsen unverändert, per 1000 Kilo loko 155—165 M. Rod. 170—180 M. — Mais unverändert, per 1000 Kilo loko 138—143 M. — Winterrüben stille, per 1000 Kilo loko April—Mai 246 M. Br. per September—Oktober 255 M. Br. behauptet, per 100 Kilo loko ohne Fas bei Kleinleuten flüssig M. Br. per Dezember 54 M. Br. per April—Mai 55,75 M. Br. Mai—Juni 56,25 M. bez. — Spiritus behauptet per 10,000 Liter loko ohne Fas 53,2 M. bez., mit Fas 53,2 M. bez., per Dezember 53,3—53,4 M. bez., pr. Dezember—Januar 56,3 — M. bez., per Jahr 54,7 M. bez., Br. und Gd. per Mai—Juni 55,4 M. Br. und M. Rübel 54 M. Spiritus 53,4 M. — Petroleum loko 10,2—M. tr. bez. Kleinleuten — M. tr. bez., Regulierungspreis 10,25 (Ostsee-Itg.)

Berlin, 23. Dezember. Der Geldmarkt zeigte die gleiche Physiognomie wie gestern. Der Geldpreis hatte sich nicht weiter verheuert, doch wollte es den Anschein gewinnen, als wären die Gelddarleher schon etwas weniger währlich; man scheint in diesen Kreisen nun doch dem Umstande Rechnung zu tragen, daß eine thathafte Geldknappheit nicht existirt und man sucht eben nur so lange wie möglich an dem gesteigerten Geldpreise festzuhalten. Ohne daß der geschäftliche Verkehr gegenüber den vorangegangenen Tagen eine wesentliche Zunahme aufzuweisen gehabt hätte, war doch in der Gesamtstimmung eine Besserung zu erkennen. Auf einzelnen Gebieten gewann der Ver-

kehr sogar auch einen Anflug von Lebhaftigkeit. So fanden die österreichischen Bahngesellschaften bessere Beachtung, auch in einzelnen Aktien der inländischen Eisenbahnen wurden besonders zu Anfang der Börse größere Posten umgesetzt; hierher zählen ganz besonders die Aktien der Oberschlesischen Eisenbahn; dieselben erfuhrn auch eine angemessene Tourensteigerung, die besonders per Ultimo Januar zum Ausdruck kam. Lombarden hielten sich meist unverändert, begegneten aber doch einiger Kauflust. Nur für Industriepapiere zeigte sich wenig Interesse, jedoch machten Montanwerke eine Ausnahme. Wenn schon dieselben auch nur wenig in den Verkehr treten, so war doch eine feste Haltung für

Bank- u. Kredit-Aktien.		Eisenbahn-Stamm-Aktien.	
Badische Bank	4 108,25 G	Aachen-Maastricht	4 28,75 b3
Blf. Rheinl. u. Westf.	4 38,00 b3G	Altona-Kiel	4 159,00 b3G
Blf. J. Spiritu. Pr.-B.	4 48,75 b3G	Bergisch-Märkische	4 116,10 b3G
Berl. Handels-Ges.	4 102,40 b3	Berlin-Anhalt	4 120,00 b3
do. Kahn-Verein	4 170,50 G	Berlin-Dresden	4 19,80 b3
Breslauer Dist.-Bl.	4 97,25 b3G	Berlin-Görlitz	4 21,40 b3G
Centralbl. f. B.	4 3,75 b3B	Berlin-Hamburg	4 234,00 b3
Centralbl. f. J. u. S.		Bresl.-Schw.-Erbg	4 110,90 b3G
Coburger Credit-B.	4 88,75 b3	Hall.-Sorau-Guben	4 21,50 b3G
Cöln. Wechslerbank	4 96,00 b3B	Märkisch-Posen	4 27,00 b3G
Danziger Privatb.	4 110,50 G	Magdeburg-Leipzig	
Darmstädter Bank	4 153,60 b3	do. do. Lit. B. 4	102,50 B
do. Zetteltbank	4 107,00 b3B	Nordhausen-Erfurt	4 25,90 b3
Deissauer Creditb.	4 90,00 b3G	Oberschl. Lit. Au.C. 4	205,00 b3
do. Landesbank	4 118,50 G	do. Lit. B. 4	118,10 b3G
Deutsche Bank	4 151,00 b3G	Ostpreuß. Südbahn	4 43,00 b3
do. Genoefisch.	4 119,25 b3	Rechte Odererb.	4 153,00 b3G
do. Hyp.-Bank.	4 89,25 b3G	Rhein-Nahebahn	4 19,75 b3
do. Reichsbank	4 147,00 G	Stargard-Posen	4 102,10 b3
Disconto-Comm.	4 180,50 b3G	Thüringische	4 178,50 b3
Geraer Bank	4 91,50 b3B	do. Lit. B. v. St. gar. 4	99,40 B
do. Handelsb.	4 56,00 B	do. Lit. C. v. St. gar. 4	105,50 G
Gothaer Privatb.	4 104,00 B	Ludwigsb.-Bebach	4 204,00 B
do. Grundfreditb.	4 90,00 B	Mainz-Ludwigsb.	4 96,00 b3G
do. Discontob.	4 108,00 B	Weimar-Geraer	4 50,30 B
Magdeb. Privatb.	4 67,00 G	Albrechtsbahn	5 30,70 b3G
Medfb. Bodencred. 4	83,50 b3G	Amsterd.-Rotterd.	4 126,75 b3
do. Hypoth.-B.	4 97,30 G	Aufjung-Zeplitz	4 219,25 b3
do. Hypothekarbf.	4 91,50 b3G	Böh. Westbahn	5 107,40 b3
Niederlausitzer Bank	4 98,00 G	do. do. III. 4	102,75 B
Norddeutsche Bank	4 168,00 b3G	do. do. Litt. B. 4	102,75 B
Nordd. Grundfredit	4 43,00 G	Eisabeth-Westbahn	5 88,00 b3
Desterr. Kredit	4 56,50 b3G	Karl. Franz Joseph 5 76,25 b3	
Petersb. Internat.	4 73,50 G	Gal. (Karl Ludwig) 5 121,00 b3	
Bojen-Landwirthschaft	4 73,75 G	Gothard-Bahn 80% 6 53,25 b3G	
Pojener Privatb.	4 117,00 B	Kasaiu-Oderberg	4 56,40 b3G
Pojetz. Stat. 4	480,00 b3	Lüttich-Limburg	4 12,75 b3G
do. Bodenred.	4 52,00 B	do. do. III. 5	102,90 B
do. Hypoth.-B.	4 83,50 b3G	do. do. IV. 4	102,25 G
Meining. Creditb.	4 97,30 G	do. do. V. 4	103,75 b3
do. Hypothekarbf.	4 91,50 b3G	do. do. VI. 4	102,40 G
Niederr. Bodenb.	4 98,00 G	Aachen-Düsseldorf. I. 4	102,40 G
do. do. II. 4	4 91,80 b3G	do. do. VII. 4	102,40 G
do. do. III. 4	4 88,00 b3	do. do. VIII. 4	102,20 B
do. do. IV. 4	4 76,25 b3	do. do. IX. 4	102,20 B
do. do. V. 4	4 120,25 G	do. do. X. 4	102,20 B
do. do. VI. 4	4 102,75 B	do. do. XI. 4	102,75 B
do. do. VII. 4	4 102,75 B	do. do. XII. 4	102,75 B
do. do. VIII. 4	4 102,75 B	do. do. XIII. 4	102,75 B
do. do. IX. 4	4 102,75 B	do. do. XIV. 4	102,75 B
do. do. X. 4	4 102,75 B	do. do. XV. 4	102,75 B
do. do. XI. 4	4 102,75 B	do. do. XVI. 4	102,75 B
do. do. XII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XIV. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XV. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVI. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B
do. do. XVIX. 4	4 102,75 B	do. do. XVIII. 4	102,75 B
do. do. XVII. 4	4 102,75 B	do. do. XVIX. 4	102,75 B
do. do. XVIII. 4	4 102,75 B	do. do. XVII. 4	102,75 B